

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.
Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Bezugspreis 80 Pf. pro Vierteljahr.
Einzelnnummer 15 Pf.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:
Brno Voersch,
Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Inserate, die 3 gespaltene Zeilen
Seite 30 Pf.
Veranstaltungen u. Vereinsanzeigen 15 Pf.
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 5.

Berlin, den 10. März 1901.

5. Jahrg.

Baugenossenschaften und Arbeiterbewegung.

In der „Bremer Bürgerzeitung“ finden wir hierüber folgenden Artikel, der mit unseren Ansichten vollkommen übereinstimmt.

Auf der zweiten Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg, die am 27. und 28. Dezember v. J. in Berlin stattfand, wurde gegenüber den wohlwollenden, ja empfehlenden Meinungen des Genossen Wurm den Arbeiterbaugenossenschaften von anderer Seite ein verhängnisvoller Einfluß auf die Haltung der an ihnen beteiligten Arbeiter im Bestreben der Arbeiterbewegung zugeschrieben. Man behauptete, daß die Arbeiter, wenn sie erst einmal in ihren Häusern sitzen, für keine Lohnbewegung mehr zu haben seien, daß sie aus dem großen Kampfe, den das Proletariat führt, ausstiegen u. s. w. Wir vermögen nun die Richtigkeit derartigen Behauptungen, die auf einer vorläufigen Verallgemeinerung einzelner Fälle beruhen, an der Hand eines Buches zu prüfen, das von dem früheren Arbeitersekretär in Frankfurt a. M., Paul Kampffmeyer, verfaßt ist und den Titel führt: „Die Baugenossenschaften im Rahmen eines nationalen Wohnungsreformplanes“ (Verlagsgesellschaft von Bruno Voersch, Berlin, 1900, Preis 1 Mk., bei Abnahme von 20 und mehr Exemplaren 50 Pf.).

Der Verfasser ist keiner der zahlreichen Wohnungsreformer, die die Wohnungsfrage mit ihrem politischen Gehalt aus der Welt schieben zu können glauben. Klar und deutlich spricht er den Kern der Sache aus: Gutes Wohnen und gesunde Nahrung können dem Arbeiter nur durch starke wirtschaftliche und politische Organisationen ermöglicht werden. Die Wohnungsfrage ist für den Arbeiter eine politische ökonomische Frage. Und weil dem so ist, weil es, um die Wohnungsfrage erfolgreich anzugehen, der unvollkommenen Anwendung der Kräfte des Staates und der Gemeinde und der Durchführung zahlreicher öffentlich-rechtlicher Maßnahmen bedarf, deshalb will er den Baugenossenschaften ihren Platz bei der Mitarbeit erst neben und gar nach den Gewerkschaften und dem Staat an. Die nicht wegzurechnenden Erfolge der Baugenossenschaften haben das Urteil des Verfassers vor allem über die Größe ihrer Leistungsfähigkeit nicht getrübt. Er ist sich über die Grenzen sehr wohl bewußt, und daher können wir uns mit umso größerem Vertrauen seiner Forderung annehmen.

Von den zwei Arten von Baugenossenschaften, den Baugenossenschaften zwecks privaten Häuserbaues und den Baugenossenschaften mit gemeinschaftlichem Besitz und gemeinschaftlicher Verwaltung der Häuser können natürlich nur die letzteren für die Arbeiterbewegung in Frage kommen. Das tatsächliche Ja oder Nein der einen, ihre ganze Tendenz, Hauptbestrebung mit allen Umständen des Hausbaugebietes zu schaffen, machen sie für den staatsbewußten Teil der Arbeiterbewegung völlig unannehmbar. Die Beteiligung der Arbeiter ist allen die zweite Art der Baugenossenschaft geeignet und auch sie bleibt höchstens auf die höherwertigen Kreise der besser bezahlten, qualifizierten Arbeiter. deren Lohn ihnen gestattet, wöchentliche Beiträge dazuer ohne zu große Belastung zu zahlen. Dagegen ist den Arbeitern, die nicht regelmäßig (sonst verdienen, daß sie von einem Jahreseinkommen von 700 bis 800 Mk. mindestens 100 Mk. Miete für eine Familienwohnung zahlen können, baugenossenschaftlich überbau nicht zu helfen.“ Für diese Teile der Arbeiterklasse und es sind die bei weitem größeren — mählen Staat und Gemeinde eintreten. da für sie die private Unternehmung so gut wie die baugenossenschaftliche verjagt. Um die obere Arbeiterschaft kommt kein Wohnungsreformer herum. Um sie sucht man nun die Angehörigen der Baugenossenschaften nach der Art ihres Berufs und ihrer sozialen Stellung, so findet man, daß in der Tat die besser bezahlten Arbeiter in ihnen überwiegen. Es sind der Mehrzahl nach entweder qualifizierte oder gut nutzte und gelernete Arbeiter, wenn es auch an Genossen nicht fehlt, die mit den ortsüblichen Tagelohn verdienen.

Mit zwei sehr wichtigen Fragen haben wir uns nunmehr zu beschäftigen. Wie haben zunächst zu prüfen, ob die Arbeiter durch ihre Baugenossenschaften das Ziel, die Beschaffung gesunder und preiswerter Wohnungen, auch erreichen. Ziel wichtiger ist dann die andere Frage: Wie steht es mit dem Solidaritätsgefühl der glücklichen Inhaber guter und billiger Wohnungen? Reiben sie den Beiträglichen ihrer Klasse den Rücken oder bleiben sie, was sie vorher waren, tüchtige, werksamer und eifrige Parteigenossen? Die erste Frage muß mit einem Ja oder Nein beantwortet werden. Die Baugenossenschaftsbauer sind

besser gebaut als die privaten Mietshäuser, die Ausnützung des Grund und Bodens geht nicht bis an die äußerste Grenze des politisch Erlaubten. Lieber dem Profit kommt nicht, wie bei den Miethäusern, die Licht- und Luftzufuhr zu kurz. Die Wohnungen sind größer, besser und reichlicher ausgestattet und meist auch absolut, nicht aber im Verhältnis zu dem Gebotenen billiger als die privaten Mietwohnungen. Ueberall erfreuen uns z. B. in den Ansehungen des Berliner Spar- und Bauvereins große Schwimmbäder und stilvolle Gartenanlagen. Die öden, grämlichen, langweiligen Fassaden der Miethäuser bliden hier nicht auf uns nieder. Ein freundliches, individuelles Schauen spricht sich in dem Aufbau dieser Häuser aus. Die Häuser haben nur abgeschlossene Wohnungen. Jede Wohnung umfaßt eine Küche nebst Speisekammer, Korridor und Klosett, sowie Keller und Bodenraum. Außerdem haben fast alle Wohnungen Balkons oder Loggen. Der Baugenossenschaftler kann sich in seinem Hause unangenehm durch ein Bad erfrischen. Auf jeder Ansehung der Baugenossenschaft tummeln sich die Kinder auf grünem Rasen, im Ziergarten ausgefärbten Spielplätzen.“ Und wie bei der Berliner Baugenossenschaft, so bei den anderen. Im Durchschnitt von 3468 Baugenossenschaftswohnungen, die mit Unterstützung der hannoverschen Landesversicherungsanstalt gebaut wurden, bestand eine Wohnung aus 3,6 Wohnräumen und kostete jährlich nur 150 Mk. Im Allgemeinen wandten die Hausarbeiter ein „des Arbeitsverdienstes auf, während sonst gewöhnlich 1/3, ja 1/2 des Bedarfs für Miete draufgehen. In der Arbeiterbewegung vertritt die Baugenossenschaft ein billigeres als die privaten Hausbesitzer. Ein direkter Einfluß der Tätigkeit der Baugenossenschaften auf die Mietshöhe der privaten Wohnungen läßt sich dagegen bis jetzt nicht nachweisen. Dazu ist ihre Bautätigkeit noch nicht umfangreich genug gewesen. Dagegen läßt sich eine gewisse Verbesserung der Wohnungsbedingungen feststellen. Da, wo Baugenossenschaftsbauer in größerer Zahl vorhanden sind, steigen die Ansprüche der Mieter auch an die Wohnungen in privaten Häusern, und die Privatunternehmer sind gezwungen, nicht wesentlich schlechter zu bauen. In einigen Städten, wie in Hamburg, in denen von den Baugenossenschaften eine größere Zahl von Wohnungen erbaut worden war, war es möglich, durch Polizeiverordnungen die schlechtesten Wohnungen, vor allem die Kellerwohnungen, dauernd zu schließen.

Wir kommen zu unserer zweiten Frage — auch sie wird von Kampffmeyer in einem den Baugenossenschaften günstigen Sinne beantwortet. In diesen Vereinen arbeiten nach dem Baugenossenschaftsgebäude richtig fort. Aus der Wohnungsbaugenossenschaft bildet sich eine Art von Baugenossenschaft heraus. So begann man in Berliner Spar- und Bauvereine mit gemeinschaftlichem Kohlenankauf; daraus entwickelte sich eine Konsumgenossenschaft; und eine eigene Bäckerei ist jetzt geplant. Daneben bleibt man auch auf geistigen Gebieten nicht untätig. Eine Bibliothek wurde eingerichtet; Vorträge und Vorlesungen gehalten, ein Gesangverein gegründet und gemeinsame Vergünstigungen abgehalten. Der Verein gibt außerdem eine kleine Zeitung, die Hausblätter für die Mitglieder heraus. Die Verbindung von Bauvereine und Konsumgenossenschaft ist häufig anzutreffen, so in der Kolonie Eden bei Trautenburg, bei dem Hamburger Konsum- und Bauverein u. a. m. Ueberall sehen wir die Tätigkeit der Baugenossenschaften über ihr eigentliches Gebiet, den Wohnungsbau, hinaus sich ausdehnen. Die allgemeine Förderung der Lebenshaltung und Förderung der Genossen wird die weitere größere Aufgabe dieser Vereine. Zur Sorge für die eigentliche Wirtschaft durch die Konsumvereine, Förderung der Arbeitsplätze durch die Einrichtung von Wärdern, Kindererziehungsstellen und dergleichen, Förderung der politischen Interessen durch Bibliotheken, Vorträge, Zeitung — das sind die wichtigsten Momente derselben. Und damit nicht genug. Die Tätigkeit in der Baugenossenschaft erwies sich als eine vortreffliche Selbstverwaltungstätigkeit für die Arbeiter. In dem gleichberechtigten und gemeinschaftlichen Zusammenwirken mit Angehörigen der bürgerlichen Klassen, die als Architekten, Ingenieure, Kaufleute, Verwaltungsbeamte, Juristen ihre Arbeiterschaft meist unangenehmlich in den Dienst der Genossenschaften stellten, hat sich der Geist der Arbeiter erweitert, die Anteilnahme entwickelte, sind zu den schwierigsten kaufmännischen und Verwaltungsbetrieben heran gewachsen. Andererseits aber hat die Arbeiterbewegung gewonnen, daß allen durch die selbständige Tätigkeit eine gewaltige Förderung der Wohnungsfrage vollbracht werden kann. Alles, was für die Arbeiter geschieht, muß auch durch die Arbeiter geschehen. Das ist der Grundsatz, den wir, soweit es nur möglich ist, befolgen. hebt der Vorkliegende der Versicherungsanstalt Hannover,

Viebrecht, sehr richtig hervor. Das Zusammenwirken mit den Arbeitern auf dem Gebiete der Arbeiterwohnungsfrage, speziell der Baugenossenschaften, hat diesen vortrefflichen Mann zu dieser Erkenntnis geführt. Und was ist sie anders als der alte Satz unserer Programme: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“ Wie sich nun das Zusammenwirken von Arbeiterbewegung, Gemeinde und Staat unter Erachtens nach am besten vollzieht, wollen wir in einem späteren Artikel angehen.

Und wie steht es mit der angeblichen Gefahr, daß der „sicher sitzende“ Arbeiter sein Klassenbewußtsein verliert? Es ist eine eingebildete Gefahr. Der Gedanke, daß eine vollständige Befreiung der Massen vorausgehen muß, ehe die Befreiung erkämpft werden kann, ist unzählige Male von der Geschichte widerlegt. Nicht der verborgene Handwerker, sondern der gut bezahlte, selbstbewußte Arbeiter steht überall im Emanzipationskampfe an der vordersten Stelle. Und alles, was dahin führt, die Lebenshaltung einzelner Teile der Arbeiterklasse zu heben, kommt der ganzen Klasse zu gut. Warum sollte der Besitzt, der dauernd ungetriebene Besitz einer guten Wohnung auf den Arbeiter anders wirken als eine dauernd ertragene Lohnsteigerung? Wir sehen keinen Unterschied. Zu Hausbesitzern wollen wir die Arbeiter nicht machen. Und doch, wie viele unserer tüchtigsten Genossen, vor allem aus dem Lande, sind Hausbesitzer.

Es läßt sich daher durch nichts beweisen, so sagt Kampffmeyer das Resultat seiner Untersuchungen zusammen: „daß die Arbeiter durch den offensbaren Nutzen, den sie von ihren Baugenossenschaften haben, wirkliche Nachbarn an ihrer politischen ökonomischen Klassenbewegung erlangen.“

Von der Berliner Straßenreinigung.

Die Berliner städtische Straßenreinigung sieht nicht nur bei den städtischen Arbeitern, sondern auch bei Publikum in dem Versuch, dasjenige städtische Institut zu sein, in dem die Arbeiter am schärfsten behandelt werden. Diese allgemein herrschende Meinung hat denn auch wohl und ganz ihre Berechtigung. Tagtäglich ereignen sich Fälle, welche dieses bestätigen.

In der 5. Abteilung z. B. sollte kürzlich ein Arbeiter nach Feierabend noch Arbeit verrichten. Da überstunden nicht bezahlt werden, wählte er sich die verlangte Arbeit zu leisten, zumal noch 4 Mann auf sogenannten Nachposten waren, die eventuell die Arbeit verrichten konnten. Er wurde dieserhalb gemeldet und wegen „Dienstverweigerung“ entlassen! Schämt sich denn die Verwaltung der Straßenreinigung gar nicht, daß solche Zustände in ihrem Betriebe herrschen. — Von Arbeitern ungenügende Arbeitsleistungen zu erpressen, ist doch wahrhaftig kein Verdienst, ob aber eine solche Handlungsweise sich mit der Moral und dem Gesetz in Einklang bringen läßt, ist eine andere Frage.

Wie kürzlich ferner die Arbeiter der Straßenreinigung bezahlt werden und welche Dinge sich daraus ergeben, dafür diene folgendes Vorkommnis. Ein Arbeiter der 2. Abteilung, der einen Tagelohn von 2,75 Mk. erhielt, geriet deartig in Not, daß er sich um Unterstützung an die Armenverwaltung wenden mußte. Ein im vollen Besitze seiner Arbeitskräfte bedürftiger städtischer Arbeiter muß um Armenunterstützung bitten!!! Keine Zustände! Der Verwaltung muß dieses zu Ohren und unterlagte es dem Betreffenden, zukünftig wieder dergleichen zu thun. Um sich nun nicht allzu sehr zu blamieren, gewährte sie dem auch großzügig dem fraglichen Arbeiter eine außerordentliche Unterstützung. Und nun sage noch Jemand, die Verwaltung der Straßenreinigung habe kein Herz für ihre Arbeiter!

Verbandsheft.

Verbandsvorsitzender: **H. Siebig, Berlin N., Ardenstraße 31.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Brno Voersch, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.** Postamt III, Buchst. von 10 12 Uhr Donnerstags. Sonn- und Feiertags an die Geschäftsstelle geschloffen. Verbandskassier: **V. Vosskuhl, Berlin N. 58, Kreuzstr. 14.** Geschäftsführer der Krankenkasse: **J. K. Danne, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.** Alle Verbandsangelegenheiten, Anfragen u. d. den Verband betreffen, sind nur an den Verbandssekretär, alle Verbindungen mit Ausnahme derjenigen, welche nur die „Gewerkschaft“ und die Krankenkasse betreffen, sind nur an den Verbandskassier zu richten. Alle Korre-

sponsoren und Geldspendern für die Krankengeld-Zusicherung gehen an E. P. a. m. m., Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.

Geldspendungen für die „Gewerkschaft“ gehen an B. P. a. m. m.

Vorsitzender des Ausschusses: P. Schulz, Berlin S.O., Lautherstraße 21.

Korrespondenzen.

Berlin 1b. (Berammlung der Filiale 1b Berlin (Gasse 1) GutsMuthstraße) am 4. Februar 1901 bei Schmidt, Koenigsplatz 33.

Eröffnung der Berammlung 8 Uhr 40 Minuten durch den Vorsitzenden.

- Auf der Tagesordnung steht:
1. Abstimmlung zum Streikreglement.
 2. Petitionen.
 3. Aufnahme zur Krankenkasse.
 4. Verbandssache.
 5. Kassenbericht.

Bevor die Berammlung zur Tagesordnung übergeht, verliest der Schriftführer das Protokoll, welches einstimmig angenommen wird.

Der 1. Punkt: Streikreglement, wird bis zur nächsten Berammlung vertagt.

Zum 2. Punkt: Verbandssache, führte der Kassier an, daß jede dieser Kollegen mit dem Verband in Rückstand sind, und wolle wir uns in dieser Sache genau nach den Statuten richten, daß wir 18 Wochen rückständig sind, gestrichen wird. Ferner wurde angeführt, daß wir länger als 7 Wochen rückständig sind, keine Krankenunterstützung erhält.

Der 3. Punkt: Aufnahme zur Krankengeldversicherung, mußte vertagt werden, da keine Aufnahmeformulare zur Stelle waren.

Zu Punkt 4: Verbandssache, führte Kollege Mehl die Niederträchtigkeit unter den Kollegen an, wolle er eine lebhafte Debatte entzünden, in welcher angeführt wurde, daß wir uns doch alle einig sein wollen wie Brüder, und uns nicht gegenseitig zum Schabernack arbeiten, sonst können wir nie eine Einheit erzielen. Ferner wurde angeführt, daß alle darnach zu streben, die noch schamigen Unvorsichtigen zu uns heranzuziehen. Ein lebhaft: Debatte entzündete sich über den Gasmeister Schmeing, wie er seinen Veten gegenüber handelt. Er schmeigt ihnen bei Vorn vor, indem er sagt, die 5,50 Mk. bekommt ihr doch nicht umsonst und anderes mehr.

Zum 5. Punkt: Bericht der Kassier, das Wort zum Bericht des Kassierleiters.

Abrechnung vom vorigen Quartal vom 1. Oktober 1900 bis 1. Januar 1901.

Einnahme:	
Beitrag vom vorigen Quartal	158,40 Mk.
Für eingetragene Mitglieder	15,00 "
Wechselträge	377,10 "
Delegiertenentgelt	20,00 "
Für vertorene Mitgliedsbücher	0,20 "
Gesamt	565,50 Mk.
Ausgabe:	
Für Krankenunterstützung	137,30 Mk.
Sonstige Ausgaben	27,65 "
An die Gewerkschaft	11,70 "
An die Verbandssache	22,85 "
Gesamt	400,50 Mk.

Bilanz:
Einnahme 565,50 Mk.
Ausgabe 400,50 Mk.

Reicht in der Filiale: 165,00 Mk.

Da keiner der Revidenten anwesend war, führte der Schriftführer Kollege Mehl an, daß der Kassier, Kollege Jermann, sein Amt sehr gut gewaltet hat und ersucht die Anwesenden, sich von den Fügen zu erheben, um dem Kassier Danksgabe zu erweisen.

In der Sache zum Bezugsmaß wurde ein Antrag eingebracht, daß der Ausschuss beim Dirigenten vorstellig wird, daß für die Leute des Betriebs des Vormittags und für diejenigen des Hofes des Nachmittags Bezüge vermehrt wird und nicht während der Mittagsstunde. Mit einem begeisterten Hoch auf die mod.ine Arbeiterbewegung und das Blügen und Gedenken unserer Filiale, schloß der Vorsitzende die Berammlung um 10 Uhr 45 Minuten.

Berlin V. (Arbeiter der städtischen Markthallen) am 17. Februar 1901 stattgefundenen Mitgliederberammlung der Filiale V, Markthallenarbeiter, beklagten sich die Kollegen darüber, daß ihnen der gelegentlich zureichende Sonntag gefehlt wird, resp. überhüpft keinen Sonntag erhalten. Davon folgendes Beispiel:

In der Vorkasse befindet sich die sogenannte Blumenhalle. Dieselbe muß bei eintretender Kälte geheizt werden. Deshalb sind einige Arbeiter als Heizergeldeste worden. Einer dieser Arbeiter sollte, gerade an dem Sonntag, wo er frei hätte, Dienst thun, um die Halle zu heizen. Er begab sich deshalb zum Oberaufseher und machte denselben darauf aufmerksam, daß er am Sonntag frei hätte und demzufolge ein anderer Heizergeldeste werden müsse.

Der Herr Oberaufseher aber sagte, daß ihn die Sache nichts angehe und der Arbeiter möchte sich deshalb in dieser Angelegenheit an Herrn Aufseher Holz wenden. Der Arbeiter that, wie ihm geheißen ward und ging zum Herrn Aufseher. Dieser wies ihm jedoch die Thür und sagte, daß die Arbeiter überhaupt keinen Sonntag zu verlangen hätten. Nach solchen Worten mußte die Kollege wohl oder übel an jenem freien Sonntag Dienst thun, um nicht wegen Subordination entlassen zu werden.

Fa wo jedoch Herr Aufseher Holz als einen sehr humanen Vorgesetzten gegen seine Arbeiter kennen, hatten wir es nicht im mindesten, daß in dieser Sache ein Streitum vorliegt.

Positively tragen diese Zeiten dazu bei, eine Aufklärung in dieser Angelegenheit herbeizuführen, ob den Markthallenarbeitern jeder dritte Sonntag freigegeben wird oder nicht.

Berlin IX. Am 19. Februar d. J. tagte bei Busse, Grenadierstr. 33 eine regelmäßige Mitgliederberammlung der Filiale IX (König-Prekter) des Verbandes der in Gemeindefabriken beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Der Vorsitzende eröffnete die Berammlung um 9 Uhr Abends mit dem Betonen der Tagesordnung. Dieselbe lautet: 1. Unsere Petition 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Berichtendes.

Zum 1. Punkt ließ der Vorsitzende die von der Kommission ausgearbeitete Petition verlesen, dieselbe wurde nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

Zum 2. Punkt, Vereinsangelegenheiten, fand eine Abstimmung über die Delegation des Glasarbeiter-Komitees, welcher im Oktober d. J. nach Frankfurt a. M. erbeten wird, statt. Nach einer eingehenden Diskussion beschloß die Berammlung, daß die Filiale auf dem Kongress vertreten werden soll. Ferner beschloß die Berammlung, die Filiale soll jährlich zwei Berichten ausgeben und zwar im Oktober d. J. im Zusammenhang mit dem Februar 1902 einen Vorkampfbild. Derselbe wurde Vorkampfbild zum Veranlassungsanlass gemacht und fünf Kollegen auf ein Jahr gewählt.

Zum 3. Punkt, Berichtendes, brachte der Vorsitzende die ausgearbeitete Berammlung vom 3. März in Erinnerung. Derselbe gelangte die Billits zur Ausgabe. Ferner gab der Kassier Kollege Lütjens, Salzweberstraße 6, bekannt, daß er sowie Kollege Zeitz, Veltmstraße 14, je eine Zigarette für den Bau- und Sparverein übernommen haben, desgleichen betrauten die Mitglieder der Krankengeldversicherung den Kollegen Lütjens mit der Geschäftsführung der genannten Kasse.

Kollege Mehl trat mit, daß sich die Glasarbeiter wegen einer Unternehmung in die Gewerkschaftskommission gerandt haben, worauf 1000 Mk. von der Kommission bewilligt werden; von diesem Betrag entfallen auf die Filiale 450 Mk., die Berammelten erklärten sich damit unversehrt.

Ein Antrag des Kollegen Mithwald wegen der Erziehung eines Arbeiter-Sekretariats in Berlin wurde wegen der vorgezogenen Zeit bis zur nächsten Berammlung vertagt und wird die gut besuchte Berammlung vertagt.

Berlin XIV. Die Filiale hielt nach ihrer Konstituierung die erste Mitgliederberammlung am Mittwoch, den 20. Februar d. J. ab.

Für den erkrankten Vorsitzenden leitete Kollege Conrad Müller die Besprechung.

Zur Tagesordnung standen:

1. Wahl eines Berammlungs-Vorstands und Zeit.

2. Ergänzung des Vorstandes, 3. Wahl von Kassen-Revidenten und 4. Berichtendes.

Zu 1. wurde bestimmt, daß die Filiale ihre Berammlungen am Donnerstag nach dem 15. eines jeden Monats, ist der 15. selbst ein Donnerstag, an darauffolgenden, um 8 Uhr Abends bei Busse, Grenadierstr. 33, abhält.

Zu 2. Der Vorstand wurde, da es zu Unzutraglichkeiten führen könnte, wenn alle Mitglieder derselben von einem Denotage wären, durch die Kollegen Stolte und Popst, von Depoylag Panstirake als Reviser ergänzt. Kollege Stolte erklärt sich gleichzeitig bereit, das Entgelten der Reviser u. s. w. auf dem Depot Panstirake zu übernehmen.

Zu 3. Zu Kassen-Revidenten wurden Kollege Timm und Bißke gewählt.

Zu 4. wurde zunächst bestimmt, daß die Zahlung der Beiträge, um eventuellen Unannehmlichkeiten vorzubeugen, nicht wie bisher in den Arbeiterbüchsen stattfinden soll, sondern für die Kollegen von Depoylag Trepow im Lokal von Schieber am Eisenbahndamm, neben dem 2. Eingang zur Ringbahnstation Trepow und für die Kollegen von Depoylag Panstirake im Lokal von Zeitz, Panstir. 22. Es wird an jedem Zahltag bis eine Stunde nach Beendigung der Zahlung ein Mitglied des Vorstandes zur Annahme von Beiträgen u. s. w. in diesen Lokalen anwesend sein. Es wurde sodann zum Delegierten in den Ausschuss der vereinigten Filialen von Berlin Kollege Dölling gewählt; der Beitrag zur Gewerkschaftskommission, von 10 Mk. pro Jahr und Mitglied beschloß die Berammlung durch eine Entschleunigung anzubringen und zwar soll diese baldmöglichst eingezogen werden. Kollege Carl Knobel beantragte auf die nächste Tagesordnung zu legen: Die Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der Antrag fand große Zustimmung. Zum Schluß wurde der geringe Besuch der Berammlung allgemein als beklagend registriert, wenn auch nicht überheißend, daß viele Kollegen zur Zeit krank oder arbeitslos sind; aus diesem Grunde wurde auch der Beschlus ausgesprochen, daß der Besuch mit der Zeit teurer werden würde.

Bremen. Am Dienstag, den 12. Februar 1900, fand eine Mitgliederberammlung der Filiale statt.

Die Berammlung wurde um 7 1/2 Uhr von dem 1. Vorsitzenden, Kollegen Meißner, eröffnet. Auf der Tagesordnung stand:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. Es wurden 4 neue Mitglieder angenommen. 2. Vorstandswahl. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Meißner, zum 2. Vorsitzenden wurde Kollege Meißner gewählt. Zum 1. Kassier wurde Kollege Thomas, zum 2. Kassier wurde Kollege Meißner gewählt. Als Schriftführer fungiert Kollege Meißner und als 2. Schriftführer Kollege Meißner. Zum 1. Revisor wurde Kollege Meißner gewählt. Die Filiale wird im Quartel durch den Kollegen Meißner vertreten. Als Stellvertreter derselben wurde Kollege Meißner gewählt. In Anwesenheit wurden die Kollegen Meißner, Meißner und Meißner gewählt. In Anwesenheit wurden die Kollegen Meißner, Meißner und Meißner gewählt.

Beim 3. Punkt verlas Kollege Meißner eine Einladung zum Beitritt zur Krankengeldversicherung. Es meldeten sich zum Beitritt eine Anzahl Mitglieder, welche in der Berammlung aufgenommen wurden.

Kollege Meißner referierte über den abzuhaltenden deutschen Gasarbeiterkongress, welcher in Frankfurt a. M. stattfinden soll. Zur definitiven Beschlußfassung soll eine öffentliche Berammlung einberufen werden.

Breslau. Die städtischen Arbeiter hielten am 26. Februar in der „Kaiserburg“ wieder eine Berammlung ab, die sich eines ausgezeichneten guten Besuchs erfreute. Die Berammelten hörten aufmerksam einen Vortrag des Verbandssäcklers Bruno Boersch-Berlin über die Notwendigkeit und das Ziel der Disziplinierung der Gemeindefabriken an und spendeten am Schluß lebhaften Beifall. Der Redner schilderte eingehend die Lage der städtischen Arbeiter und gab im Weiteren eine Darstellung der Beziehungen zur Verbesserung dieser Lage, wie sie der Verband der in Gemeindefabriken beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten auf sein Programm geschrieben hat. Der Verband will die Festlegung einer Arbeits- und Dienstzeit, welche den kulturellen und gesundheitlichen Anforderungen entspricht, unter Zugrundelegung eines Gehalts bezw. Lohns, welcher für die Befriedigung aller vernünftigen Bedürfnisse der Mitglieder und ihrer Familien ausreicht. Weiter will der Verband die Einführung auskömmlicher Unterzügen in Krankheits- und Unfallfällen seitens der Gemeindefabriken, Einführung der Familienberechtigung und Preisermäßigung, Verbesserung von staatlichen resp. Gemeindefabrikantinnen, welche den Gemeindefabrikanten und Unterangestellten mindestens dieselben Rechte einräumen, wie diese den gewerblichen Arbeitern bereits durch die Arbeitervereinigungen gewährt wurden. Der Referent erörterte das Programm des Verbandes eingehend und begründete dasselbe unter hohem Beifall der Berammelten, soweit es sich auf Vornehme, Arbeitszeit, Übung des Arbeitsverhältnisses, Arbeiterausweise, Arbeitsordnungen, Arbeitsnachweis, gesundheitliche Fürsorge u. dergl. Mit einem energischen Appl. dankte die Versammlung der Berammelten durch Beitritt zum Verbande zu geben, schloß Meißner seinen Vortrag.

In der Diskussion nahm Stadtverordneter Bruns das Wort, um seiner Freude Ausdruck zu geben, daß endlich die städtischen Arbeiter Verbands sich zusammenfinden, um ihre traurigen Gewerkschaftsverhältnisse zu bessern. Er betrachtete sich in erster Reihe als Vertreter der Interessen der schlechtbezahlten Arbeit der Breslauer Bevölkerung, der Arbeiter, und habe längst erwartet, daß auch die bisigen Gemeindefabrikanten sich einmal äußern würden. Ohne eigene Bewegung würden sie nicht erzielen. Beim Vortrage und den Stadtverordneten wurde gemäß dem Programm manchen etwa geäußerten Wünschen entgegenzukommen. So sei doch etwa äußere Anrechnung, lediglich durch die dankenswerte Initiative des Oberbürgermeisters, die Pensionfrage für die städtischen Arbeiter geregelt worden, freilich noch in ganz unzureichender Form, es sei aber doch ein erfreulicher Anfang gemacht worden. Die Arbeiter wollen diese jedoch nicht nur, wenn sie alt und abgelehrt sind im Dienste der Stadt, sondern sie wollen geübten Lohn und faire Arbeitszeit, um möglichst lange vor dem Schicksal, Arbeitsunfähigkeit zu werden, bewahrt zu bleiben. Und die städtischen Arbeiter haben ein Recht darauf, denn sie schaffen der Stadt durch ihre Arbeit großen Nutzen. Wenn die städtischen Gaswerke eine halbe Million Uebertrag abwerfen, dann ist wohl so viel davon übrig, daß die Arbeiter, die diesen Uebertrag durch ihre Arbeit miterschaffen, davon einen auskömmlichen Lohn erhalten können. Über wollen die Steuerzahler weniger Steuern zahlen auf Kosten der Gesundheit unserer städtischen Arbeiter? Der Oberbürgermeister sagte seiner Zeit schöne Worte über die Würdigkeit der Arbeiter, die bei faulem Lohn und schwerer Arbeit, ohne Pension und Unterhaltungsverordnung, der Stadt durch Jahre und Jahrzehnte treue Dienste leisteten. Hören wir, daß diesen schönen Worten die guten Taten folgen werden. Für die Beamten wird viel getan, und um so mehr, je höher sie stehen. Auch für die Magistratsmitglieder ist wieder eine Gehaltsverbesserung erfolgt. Wenn die Beamten trotzdem zur Wahrung ihrer Interessen organisiert sind, müßte das nur die schlechtbezahlten städtischen Arbeiter erst recht ein Ansporn sein, sich zu organisieren. Sollten Sie durch ihre Organisation eine Unterlage für ein Vorgehen in der Berammlung der Stadtverordneten, sammeln Sie Material über Ihre wirtschaftliche Lage, der städtischen Unterzügen für Ihre berechtigten Forderungen können Sie bei den Arbeitervertretern in der Stadtverordnetenberammlung sicher sein. (V. d. h. d. h. d. h.)

Die Diskussion wurde dann durch eine Pause unterbrochen, in der über hundert Anwesende ihren Beitritt zum Verbande durch Zahlung ihres Eintrittsgeldes und des ersten Wochenbeitrags vollzogen. Dann nahm der Vorsitzende, Arbeitersekretär Meißner noch das Wort, um die neuen Mitglieder mit ihren Pflichten und Aufgaben des Verbandes vertraut zu machen. Jeder müsse dafür sorgen, daß der gute, wenn auch kleine Anfang zu einer starken, die Kommunität der städtischen Arbeiter umfassenden Organisation führe. Dazu würde noch große Arbeit notwendig sein, die Filiale dieser Arbeit aber können nicht ausbleiben. Mit einem dankbaren, begeistert aufgenommenen Hoch auf die Organisation schloß die vorzügliche Veranstaltung.

Für die städtischen Arbeiter, welche in Folge der Arbeitslosigkeit nicht an der Dienstag-Abend stattgefundenen Berammlung der städtischen Arbeiter teilnehmen konnten, war eine Berammlung für Mittwoch Sonntag 9 Uhr in das Lokal „Kaiserburg“ bestimmt. Nur etwa 30 Arbeiter hatten anwesend. Schluß wird nicht und waren auch Beschlüsse der Filiale nicht direkt in der Berammlung gefaßt worden. Sie werden den ausführenden Delegierten des Referenten Bericht über die Lage der städtischen Arbeiter und über die Mittel zu einer

Die Diskussion wurde dann durch eine Pause unterbrochen, in der über hundert Anwesende ihren Beitritt zum Verbande durch Zahlung ihres Eintrittsgeldes und des ersten Wochenbeitrags vollzogen. Dann nahm der Vorsitzende, Arbeitersekretär Meißner noch das Wort, um die neuen Mitglieder mit ihren Pflichten und Aufgaben des Verbandes vertraut zu machen. Jeder müsse dafür sorgen, daß der gute, wenn auch kleine Anfang zu einer starken, die Kommunität der städtischen Arbeiter umfassenden Organisation führe. Dazu würde noch große Arbeit notwendig sein, die Filiale dieser Arbeit aber können nicht ausbleiben. Mit einem dankbaren, begeistert aufgenommenen Hoch auf die Organisation schloß die vorzügliche Veranstaltung.

Für die städtischen Arbeiter, welche in Folge der Arbeitslosigkeit nicht an der Dienstag-Abend stattgefundenen Berammlung der städtischen Arbeiter teilnehmen konnten, war eine Berammlung für Mittwoch Sonntag 9 Uhr in das Lokal „Kaiserburg“ bestimmt. Nur etwa 30 Arbeiter hatten anwesend. Schluß wird nicht und waren auch Beschlüsse der Filiale nicht direkt in der Berammlung gefaßt worden. Sie werden den ausführenden Delegierten des Referenten Bericht über die Lage der städtischen Arbeiter und über die Mittel zu einer

Von der Baugenossenschaft der Berliner städtischen Arbeiter. Der Vorstand des Bau- und Sparvereins der in Gemeinbedienten beschäftigten Arbeiter und Angestellten beabsichtigt in der nächsten Zeit eine größere Kapitalkonzeption in Berlin und der Umgegend für die Beitretenden der Genossenschaft zu entwerfen. Zu diesem Zweck sollen mehrere öffentliche Versammlungen arrangiert werden. Der Vorstand und Aufsichtsrat beschloß ferner, Spargelder entgegen zu nehmen und diese mit 3 1/2 pCt. zu verzinsen. Ueber die näheren Bedingungen werden demnächst die nötigen Bekanntmachungen erfolgen.

Die Wohnungskommission des Berliner Stadtverordneten-Kollegiums faßt folgenden Beschlus:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Wir erziehen den Magistrat, mit gemeinnützigen Baugenossenschaften und mit gemeinnützigen Aktiengesellschaften für die Herstellung kleiner Wohnungen in Verbindung zu treten und die Wohnstätten feilsuzugeben, wie durch Unterstützung seitens der Stadt (Vergabe von Grund und Boden zu Eigentum oder in Erbbaurecht, Hypothekennahme, Zinsgarantie u.) kleine, gute, gesunde und möglichst billige Wohnungen seitens jener Genossenschaften und Gesellschaften in erheblicher Zahl herbeigeführt werden können.

Die Höhe der Mieten für die Wohnungen ist so zu bemessen, daß nur die Verzinsung und Amortisation des für die Herstellung aufgewendeten Kapitals, die aus Instandhaltung u. d. d. entstehenden Ausgaben sowie die Verwaltungs- und Instandhaltungskosten in Ansatz gebracht werden.

Die erforderlichen Kapitalien sind aus einer Anleihe aufzubringen. Die Versammlung erwartet dementsprechend eine Vorlage seitens des Magistrats.

Die städtische Stettiner Gasdirektion scheint den Praktiken der privaten Unternehmer Geschmack abzugewinnen, wenn es sich um die Befähigung der organisierten Arbeiter handelt. So hat die Direktion einen Arbeiter, der im Freibaden beim Bahngelände schon mehrere Jahre zur vollsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten beschäftigt ist, plötzlich entlassen. Auf die Frage des Arbeiters nach dem Grund seiner plötzlichen Entlassung wurde ihm von dem Herrn Betriebsdirektor folgende Erklärung: „Ich habe gar nicht nötig, Ihnen den Grund Ihrer Entlassung zu sagen!“ Auf seine Vorstellung, daß er doch seine Arbeit jederzeit getan und sich auch nichts habe zu Schulden kommen lassen, erwiderte der Direktor: „Sie bekommen Ihre 14 Tage Lohn und hören sofort auf. Den Grund dafür anzugeben habe ich gar nicht nötig!“ Der so plötzlich ohne jeden Grund aus der Arbeit Entlassene ging nun zum Bauvater Benduhn, um von diesem den Grund seiner Entlassung zu erfahren. Auch der Herr Bauvater Benduhn weigerte sich, dem Fragesteller den Entlassungsgrund anzugeben. In dieser Entlassung des Betroffenen liegt ohne Zweifel eine Mißregelung, die darauf zurückzuführen ist, daß der Entlassene fähig ist in einer Versammlung der städtischen Arbeiter, die hier in Stettin zur Gründung einer gewerkschaftlichen Organisation tätig sind, als Vorsitzender dieser Organisation von seinen Kollegen gewählt wurde. Uns selbst ist der Entlassene als ein durchaus ruhiger und erster Mann bekannt, dem sogar von seinen näheren Vorgesetzten das beste Zeugnis in Bezug auf seine Arbeitsfähigkeit und sein Betragen ausgesprochen werden muß. Die Schärfe, mit der der städtischen Verwaltung scheinen demnach an der Arbeit zu sein, um den städtischen Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. Da die Arbeiter sich das gefallen lassen, daß sie noch eine andere Frage, Jedenfalls hätte das Verhalten des Herrn Direktors Großie und des Herrn Bauvaters Benduhn in der Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit zu interessanten Auseinandersetzungen gegeben. Dort werden hoffentlich die Gründe angegeben werden, weshalb man einen Arbeiter, der seine Pflicht während der Arbeit in vollstem Maße getan hat, ohne Grund und Ursache entläßt und ihm sogar für 14 Tage den Lohn vordrückt, was das ist man ihn so schnell wie möglich los wird. Der Vandalismus, der sich aber in einer solchen Mißhandlung des Koalitionsrechts der Arbeiter befindet, ist unserer Meinung nach keinen Pflasterstein wert.

Städtische Arbeiter-Pensionskasse für Wiesbaden. Auch Wiesbaden wünscht in die Reihe der Städte einzutreten, die für ihre etwa 9000 Angestellten, Bediensteten und Arbeiter Pensionskassen errichtet haben. Die Pensionskasse soll im Wesentlichen sich dem Frankfurter Muster anschließen. Sie wird einen Jahresaufwand von rund 33 000 Mk. erfordern. Jährliche Dienstzeit ist Voraussetzung des Bezuges der Rente, die mindestens 240 Mk. beträgt und bis 75 pCt. des Jahresverdienstes anliegt.

Litterarisches.

Die Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung ist eine Frage, die für unsere Partei dringend geworden ist, so daß die sozialistischen Gemeindevertreter bereits zu regelmäßigen Konferenzen sich gezwungen sehen, um die Aufgaben zu beraten, vor die sie sich gestellt sehen. Das oben im Verlage der Hochschule in Würzburg in Berlin zum Preise von 50 Pf. erschienene **Protokoll der 2. Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter** der Provinz Brandenburg, die zu Verhandlungen in Berlin tagte, enthält Referate zu den wichtigsten Fragen, die zur Zeit die Gemeindevertretungen beschäftigen. J. B. Kommune Wohnungspolitik, Kommunalwirtschaftsreform, Gesundheitspflege, Landgemeindeförderung, nächste Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter u. s. w. Wenn natürlich auch die kleineren Gemeinden nicht so große Aufgaben gestellt sind wie den großen Städten, so bietet doch das Protokoll gleichsam für alle sozialistischen Gemeindevertreter die Richtschnur, nach der sich ihre Tätigkeiten im Kleinen zu richten hat. Wir empfehlen daher das Protokoll unseren Lesern zum Studium und zur Auffklärung.

Die Vertreter in der Arbeiterversicherung und deren Aufgaben. Zusammengefaßt im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands von T. d. S. ist in Gem. 72 Seiten 89. Preis 50 Pf. (Mitglieder der Gewerkschaften können die Schrift zum Preise von 20 Pf. durch ihre Organisationen beziehen.) Die Schrift soll die Arbeiterzeitung über die Organisation der Arbeiterversicherung und die Aufgaben der Vertreter der Versicherungen unterrichten und B. ranlassung zu einer regen Beteiligung an diesen Wahlen geben, als sie sich bisher gezeigt hat. Der Inhalt des Büchleins enthält folgende Abschnitte: I. Arbeiterversicherung und Gewerkschaften. II. Die Organisation. III. Die Vertreter im Allgemeinen. IV. Die Wahlen, Rechte und Pflichten der Vertreter. A. Krankenversicherung: 1. Ortskrankenkassen; 2. Betriebskrankenkassen; 3. Baukrankenkassen; 4. Innungskrankenkassen; 5. Knappschaftskassen; 6. Einzelgeschriebene Kassen. B. Unfallversicherung: 1. Versicherer bei der unteren Verwaltungsbehörde oder Rentenkasse; 2. Ausschuss; 3. Vorstand. C. Unfallversicherung: Beratung und Beschlußfassung über Unfallverhütungsvorschriften. D. Schiedsgerichte: 1. für Invalidenversicherung; 2. für Arbeiterversicherung. E. Reichs-Versicherungsausschuss: a) Ständige Mitglieder; b) Nichtständige Mitglieder und deren Wahl; c) Mitwirkung der nichtständigen Vertreter. F. Landes-Versicherungsausschüsse. — V. Die Aufgaben der Arbeitervertreter für die Zukunft. — Anhang: I. Zusammenfassung der Wahlberechtigten. II. Wohnordnung. III. Verordnung über den Geschäftsgang und das Verfahren des Reichs-Versicherungsausschusses. IV. Verordnung über das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung. Wahlformulare (Stimmzettel).

Griechen.

G. Mächter, hier. Wir beistehen Ihnen gerne, daß Sie in der der Vertreter der in der vorhergehenden Nummer über Herrn Paulin erschienenen Notiz sind, noch um bezügliche Mitteilungen gemacht haben. — Wozu aber diese Notiz? So lange es noch Desinfektoren in größerer Anzahl gibt, welche glauben die Reklamen des Herrn Paulin zu sein, wird dieser Herr sich nicht bessern. Etwas mehr Mannesmut wäre am Platze, dann würden auch bald andere Zustände in der Desinfektions-Anstalt herrschen. So lang aber ein Teil der Desinfektoren gegenüber Herrn Paulin einen derartigen Sentimentalismus zeigt, wie das heute der Fall ist, wird Herr Paulin in der bisherigen Weise weiter wirtschaften. — Jeder hat den Herrn, den er verdient!

G. in Mannheim.

Sie sprechen uns Ihre Unterstützung darüber aus, daß auch die sozialdemokratischen Stadträte in M. für die Entlassung Sotta's gestimmt haben. Wir können Ihnen die Versicherung geben, daß dieses nicht der Fall ist und alle derartige Behauptungen auf Erfindung beruhen. Im Gegenteile haben sich die sozialdemokratischen Stadträte Dreesbach und Barber, sowie der Demokrat Vogel energisch gegen die Entlassung Sotta's ausgesprochen. — Auch hat der Bürgermeister Ritter nie eine derartige Mitteilung an Sotta gemacht. — Wenn Sie schreiben: Dreesbach u. Barber es nicht mehr nötig für die Arbeiter sich ins Zeug zu legen, da Exhoner 8000 Mk. jährlichen Einkommen hätte, so stellt das Ihrem Charakter gerade kein gutes Zeugnis aus. — Was ich den und ich, das traue ich andern zu! Wenn Dreesbach u. Barber ein höheres Einkommen bezieht, als wie Sie und Ihre Freunde, so dürfen Sie nicht vergessen, daß er der Arbeiterbewegung auch ganz andere Dienste leistet, als wie jene Personen, deren ganze Tätigkeit in fortwährendem Raufschrei und Säufereien besteht. B. P.

Schlichtung.

Zu Nr. 3 der „Gewerkschaft“ brachten wir unter „Aus innerem Beruf“ eine längere Notiz aus Mannheim. Dieselbe enthält einige Fehler. Der Redakteur des Verbandsamts heißt nicht Hilfenlehr, sondern Eitel Loch. Auch muß es nicht Hameystraße, sondern Lamenstraße heißen.

Veranstaltungs-Anzeiger.

- Mitteilungen, die Ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können bleiben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Änderungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.
- Berlin I. (Kastell-Müllerstraße). Montag, den 11. März.
 - Berlin II. (Kastell-Danilager Straße). Dienstag, den 26. März, bei Herr. Freytag, Abends 8 Uhr.
 - Berlin III. (Kastell-Müllerstraße). Dienstag, den 19. März, Rosbacher Dama bei Schmidt.
 - Berlin IV. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. 9. März, Abends 8.30 Uhr, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin V. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Am 15. jeden Monats bei Buse, Hohenstraße 10.
 - Berlin VI. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin VII. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin VIII. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin IX. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin X. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin XI. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin XII. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin XIII. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin XIV. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin XV. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin XVI. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin XVII. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin XVIII. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin XIX. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
 - Berlin XX. (Kastell-Müllerstraße). Arbeiter. Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.

- Königsberg I. Hr. Jeden 1. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr in der Blücherstraße.
- Magdeburg I. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg II. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg III. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg IV. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg V. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg VI. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg VII. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg VIII. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg IX. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg X. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg XI. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg XII. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg XIII. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg XIV. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg XV. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg XVI. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg XVII. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg XVIII. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg XIX. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.
- Magdeburg XX. (Kastell-Müllerstraße). Jeden Sonntag nach dem 1. bei Buse, Hohenstraße 10, Abends 8.30 Uhr.

Achtung, Berlin III. (Wasserwerks-Arbeiter.) Die Wohnung des Kassiers **W. Wegener** befindet sich **Immanuelkirchstr. 11.**
Der Vorstand.

Dankagung.

Sage hiermit allen Mitarbeitern und den Verbänden, Kollegen der Filiale Ditzlar, welche mich aus Anlass meines 25-jährigen Dienstjubiläums durch die vielen Beweise ehrender Anerkennung und Gratulationen beglückten, meinen verbindlichsten Dank.
Fritz Süniger.



Südd. Postillon
Kann- und Arbeiterblatt.
Erscheint alle 14 Tage.
Original-Druck. Preis 10 Pfennig.

Im Verlag von **J. S. W. Dick Nachf.** in Stuttgart ist soeben erschienen:
Neu! Neu!
„Waterlandslose Gefellen“
Kurze Biographien der vorstehenden hervorragenden Sozialisten des 19. Jahrhunderts.
Soweit Porträts zu erlangen waren, sind solche den Biographien beigelegt.
106 Seiten. Preis 50 Pfennig.

Filiale VI. (Laternenwärter.)
Am 20. Februar verstarb im 49. Lebensjahre unser treuer Verbandskollege
A. Süss.
Ehre seinem Andenken! Der Vorstand.

Filiale VI. (Laternenwärter.)
Am 20. Febr. verstarb im Alter von 70 Jahren unser ehemaliger Verbandskollege
J. Höpner.
Das Andenken des Arbeitveterranen werden wir stets in Ehren halten.
Der Vorstand.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meines lieben, unvergesslichen Mannes, des Laternenwärters **A. Süss**, sage allen meinen Kollegen, insbesondere der Filiale VI. (Laternenwärter) für die vielen Kranzspenden meine innigsten Dank.
Wittwe Süss nebst Kindern.

Verantwortl. Redakteur: **Dr. Herrsch**, Berlin, Zimmerstr. 2.
Druck von **Maurer & Pimmich**, S. Posten-Str. 11.